

Grundlagen bilden / Tvoríme základy

Mandantenbrief/Mandantný list

Aktuelles aus den Bereichen Recht, Steuern und Wirtschaft in der Slowakei
Informácie z oblastí práva, daní a ekonomiky na Slovensku

Ausgabe/vydanie: März/marec 2015 · www.roedl.com/sk

Law Firm
of the
Year

2014
Tax Law

Lesen Sie in dieser Ausgabe:

Recht aktuell

- > Novelle der Zivilprozessordnung
- > Gesetz über das Verbraucherschiedsverfahren
- > Neue Höhe der Verpflegungspauschale seit dem 1.11.2014
- > Änderung im Krankenversicherungsgesetz zum 1.1.2015

Wirtschaft aktuell

- > Änderungen in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2014

V tomto vydaní Vám prinášame:

Právo

- > Novela občianskeho súdneho poriadku
- > Zákon o spotrebiteľskom rozhodcovskom konaní
- > Nové sumy stravného od 1.11.2014
- > Zmena v zákone o zdravotnom poistení k 1.1.2015

Ekonomika

- > Zmeny v súvahe a výkaze ziskov a strát k 31.12.2014

Recht aktuell

> Novelle der Zivilprozessordnung

Von **Katarína Urbánková, Lenka Valková,**
Rödl & Partner Bratislava

Am 27. November 2014 hat der Nationalrat der Slowakischen Republik die Novelle der Zivilprozessordnung (ZPO)

verabschiedet, durch die in die slowakische Rechtsordnung einige bedeutende Änderungen bezüglich des Verlaufes von Gerichtsverfahren eingeführt werden. Die wichtigsten Änderungen bringen wir Ihnen im folgenden Text näher.

Pflicht zur Erstellung einer Tonaufnahme der Gerichtsverhandlung:

Die Novelle der ZPO bringt eine wesentliche Änderung mit sich, die den Verlauf einer Gerichtsverhandlung regelt. Mit Wirksamkeit ab dem 1. März 2015 wird der Verlauf einer Gerichtsverhandlung neben einem schriftlichen Protokoll auch mit Hilfe einer technischen Einrichtung zur Tonübertragung aufgezeichnet. Die erstellte Aufzeichnung wird anschließend auf einem Datenträger gespeichert, der Bestandteil der Gerichtsakte darstellen wird. Die Pflicht zur Erstellung einer Tonaufnahme der Verhandlung wird eingeführt, um vor allem das gesamte Gerichtsverfahren zu beschleunigen und eventuelle künftige Streitigkeiten bezüglich des in der Verhandlung Gesagten zu eliminieren. Im Zuge dieser Änderung wird durch die Novelle der ZPO auch das Recht der Verfahrensbeteiligten ggf. ihrer Vertreter eingeführt, beim Gericht die Erstellung einer Kopie dieser Tonaufnahme gegen Erstattung von Sachkosten zu beantragen.

Änderung der rechtlichen Regelung des Eintrittes eines Nebenbeteiligten ins Zivilverfahren:

Die bisherige rechtliche Regelung des Eintrittes eines Nebenbeteiligten ins Zivilverfahren war nicht eindeutig, sofern der eintretende Nebenbeteiligte eine juristische Person war, deren Tätigkeitsgegenstand der Rechtsschutz laut Verbraucherschutzgesetz ist (z.B. verschiedene Vereinigungen u. dgl.). In vielen Fällen kam es zur Situation, wo in Verfahren, deren Beteiligter ein Verbraucher war, ins Verfahren als Nebenbeteiligter auf der Seite des Verbrauchers eine Vereinigung eingetreten ist, ohne dass der Verfahrensbeteiligte (Verbraucher) seine Zustimmung dazu erteilt hat. Gemäß der neuen rechtlichen Regelung wird das Gericht den Eintritt einer Verbraucherschutzvereinigung in ein Verfahren nur in dem Falle zulassen, wenn ihm zusammen mit der Mitteilung über den Eintritt eines Nebenbeteiligten ins Verfahren auch die Zustimmung des Beteiligten, neben dem die Vereinigung ins Verfahren eintritt, und somit die

Zustimmung des Verbrauchers vorgelegt wird. Sollte keine Zustimmung des Verbrauchers vorliegen, wird das Gericht die Mitteilung über den Eintritt ins Verfahren gar nicht in Betracht ziehen.

Änderung der rechtlichen Regelung der Zulässigkeit der Revision:

Der Gesetzgeber hat durch die Novelle der Zivilprozessordnung auf die erhöhte Anzahl der Revisionen in Zwangsvollstreckungsangelegenheiten und den damit zusammenhängenden Anstieg der Agenda des Obersten Gerichts der Slowakischen Republik reagiert. Die Erfolgsbilanz dieses außerordentlichen Rechtsmittels in Zwangsvollstreckungsangelegenheiten war sehr gering, die Revision wurde oftmals auch trotz ihrer prozessualen Unzulässigkeit eingelegt und in den meisten Fällen durch das Oberste Gericht der Slowakischen Republik anschließend abgelehnt. Gemäß der neuen rechtlichen Regelung wird die Revision gegen Beschlüsse im Zwangsvollstreckungsverfahren aus Gründen, die als Nichtigkeitsgründe bezeichnet und im § 237 Abs. 1 ZPO spezifiziert werden (die slowakische rechtliche Regelung kennt 7 Nichtigkeitsgründe), nicht mehr zulässig. Wie im Erläuterungsbericht angeführt, ist der Hauptgrund die Tatsache, dass es sich im Zwangsvollstreckungsverfahren abweichend vom sog. Grundverfahren um Angelegenheiten handelt, in welchen es nur noch zum erzwungenen Vollzug (Zwangsvollstreckung) im Sinne der erzwungenen Erfüllung der Pflicht kommt, die bereits früher durch einen Zwangsvollstreckungstitel (in der Regel durch einen Gerichtsbeschluss) auferlegt wurde, der bereits seine Rechtskräftigkeit und Vollstreckbarkeit erlangt hat, und die Beschlüsse im Zwangsvollstreckungsverfahren konstituieren und deklarieren somit keine strittigen Rechte und Pflichten der Verfahrensbeteiligten.

Gemäß der neuen rechtlichen Regelung wird eine Revision gegen einige Beschlüsse, und zwar konkret gegen Beschlüsse betreffend Gerichtsgebühren und Beschlüsse über die Unterbrechung bzw. Nichtunterbrechung des Verfahrens, nicht mehr zulässig sein.

> Gesetz über das Verbraucherschiedsverfahren

Von Katarína Urbánková, Lenka Valková,
Rödl & Partner Bratislava

Am 1.1.2015 trat das Gesetz Nr. 335/2014 Ges. Slg. über das Verbraucherschiedsverfahren in Kraft. Durch dieses Gesetz wurde in die slowakische Rechtsordnung die Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über die alternative Beilegung verbraucherrechtlicher Streitigkeiten implementiert.

Da die Verhältnisse zwischen dem Lieferanten und dem Verbraucher spezifisch sind, werden verbraucherrechtliche Streitigkeiten (Streitigkeiten zwischen dem Lieferanten und dem Verbraucher aus dem Verbrauchervertrag) nicht mehr

wie bislang in einem standardmäßigen Schiedsverfahren, sondern in einem gesonderten Verbraucherschiedsverfahren verhandelt, und zwar in dem Falle, wenn der Lieferant mit dem Verbraucher einen selbständigen schriftlichen Verbraucherschiedsvertrag abschließt, durch welchen er die Zuständigkeit des ständigen Schiedsgerichtes begründet. Der Verbraucher wird jedoch auch weiterhin berechtigt sein, sich an ein allgemeines Gericht zu wenden. Der Verbraucher bezahlt keine Gerichtsgebühr. Sollte der Kläger eine andere Person als der Verbraucher sein, wird diese zur Begleichung einer Gebühr gemäß dem Gebührenverzeichnis des ständigen Schiedsgerichtes verpflichtet sein.

Verlauf des Verbraucherschiedsverfahrens:

Das Verfahren selbst verläuft ähnlich wie ein Gerichtsverfahren, jedoch mit einigen Besonderheiten, wie z. B. die Pflicht des ständigen Schiedsgerichtes, unzulässige Vertragsbedingungen auch ohne Antrag zu prüfen, das Verbot, die einstweilige Verfügung gegen den Verbraucher zu erlassen, das Verbot, die Gebühren für Prozesshandlungen des Verbrauchers aufzuerlegen oder das Verbot, die Streitigkeit im abgekürzten Verfahren zu entscheiden.

Novellierung der Zwangsvollstreckungsordnung und Einführung des Zentralen Zwangsvollstreckungsregisters:

Durch das Gesetz Nr. 335/2014 Ges. Slg. über das Verbraucherschiedsverfahren wurden zugleich mehrere Rechtsvorschriften novelliert. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, dass eine dieser Rechtsvorschriften die Zwangsvollstreckungsordnung und die damit zusammenhängende Einführung des Zentralen Zwangsvollstreckungsregisters ist, das durch die Slowakische Gerichtsvollzieherkammer geführt wird. Das zentrale Register wird Informationen über alle rechtsgültig nicht abgeschlossenen Zwangsvollstreckungen enthalten. Seit dem 1. Januar sind die Gerichtsvollzieher verpflichtet, neue Zwangsvollstreckung innerhalb von sieben Tagen ins Register einzutragen oder die Angaben über die bereits verlaufende und nicht abgeschlossene Zwangsvollstreckung zu aktualisieren. Der Gerichtsvollzieher ist verpflichtet, binnen 14 Tagen alle Angaben aus dem Register in den Fällen, in welchen Zwangsvollstreckungen rechtsgültig beendet wurden, zu löschen.

Obwohl die angeführte Novelle bereits seit dem 1. Januar 2015 wirksam ist, wird das Register erst ab dem 1. Juli 2016 voll funktionsfähig sein, und zwar aus dem Grund, dass es erst ab diesem Tag vollständige Informationen enthalten wird. Ab dem 1. Juli 2016 wird die Slowakische Gerichtsvollzieherkammer zugleich Auszüge aus dem Zwangsvollstreckungsregister oder Bestätigungen darüber, dass eine gewisse Eintragung im Register nicht mehr vorhanden ist, ausstellen. Organe der öffentlichen Verwaltung können den Zugang zum Register jedoch bereits seit dem 1. Januar 2015 beantragen. Auszüge sowie Bestätigungen aus dem Zwangsvollstreckungsregister werden Charakter einer öffentlichen Urkunde haben und deren Ausstellung

wird für Gerichtsvollzieher und Organe der öffentlichen Verwaltung unentgeltlich sein. Für andere Personen wird der Zugang zu Informationen aus dem zentralen Register durch die Entrichtung einer Verwaltungsgebühr bedingt. Es wird angenommen, dass das Zentrale Zwangsvollstreckungsregister einen positiven Einfluss vor allem auf Geschäftsbeziehungen haben wird, da Unternehmer die Möglichkeit haben werden, zu prüfen, ob über das Vermögen der Person, mit welcher sie in eine Geschäftsbeziehung treten, kein Zwangsvollstreckungsverfahren geführt wird. Es wird ferner angenommen, dass das Register seitens Banken bei Anträgen auf Kreditgewährung genutzt wird.

Kontakt für weitere Informationen



Katarína Urbánková
Rechtsanwältin (SK) in Zusammenarbeit mit Rödl & Partner Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-Mail: katarina.urbankova@roedl.sk

> Neue Höhe der Verpflegungspauschale seit dem 1.11.2014

Von Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Auf Grundlage der Verfügung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Familie der Slowakischen Republik, die am 29.10.2014 in der Gesetzessammlung veröffentlicht wurde, werden gemäß § 5 Abs. 2 des Gesetzes Nr. 283/2002 Ges. Slg. über Reisekostenerstattung neue Verpflegungspauschalen festgelegt.

Seit dem 1.11.2014 gelten folgende Verpflegungspauschalen:

- > 4,20 EUR für den Zeitraum von 5 bis 12 Stunden
- > 6,30 EUR für den Zeitraum von 12 bis 18 Stunden
- > 9,80 EUR für den Zeitraum von über 18 Stunden

Die Verpflegungspauschalen werden infolge der Erhöhung der Preise von Gerichten und alkoholfreien Getränken in Restaurants erhöht.

Die angeführte Änderung wird auch bei der Höhe des maximalen Verpflegungsbeitrags des Arbeitgebers berücksichtigt. Seit dem 1.11.2014 wird der maximale Verpflegungsbeitrag durch den Betrag in Höhe von 55% aus 4,20 EUR, d.h. 2,31 EUR beschränkt.

Sichert der Arbeitgeber die Verpflegung der Arbeitnehmer mittels sog. Essensmarken, muss deren Mindestwert 75%

aus 4,20 EUR, d.h. 3,15 EUR betragen. Der Beitrag des Arbeitgebers muss mindestens 55% betragen, bei dem Preis einer Essensmarke von 3,15 EUR ist das also mindestens 1,73 EUR.

> Änderung im Krankenversicherungsgesetz zum 1.1.2015

Von Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Auf Grundlage des Regierungsvorschlags der Novelle des Gesetzes Nr. 580/2004 Ges. Slg. über Krankenversicherung hat der Nationalrat der Slowakischen Republik am 28.11.2014 die Novelle verabschiedet, die am 1.1.2015 in Kraft getreten ist.

Die Novelle hat zum Ziel, die Beiträge zur Krankenversicherung für Arbeitnehmer mit niedrigem Einkommen herabzusetzen, was durch Einführung eines abzugsfähigen Postens zustande kommt. Die Bemessungsgrundlage des Arbeitnehmers, die für das Jahr 2015 den Betrag von 6 840 EUR nicht übersteigt, wird um den abzugsfähigen Posten gemindert und somit werden seine Beiträge zur Krankenversicherung sowie die Beiträge des Arbeitgebers niedriger sein.

Der Grund für die Einführung des abzugsfähigen Postens ist die Tatsache, dass der Mindestlohn seit 1.1.2015 auf 380 EUR erhöht wurde. Durch diesen Schritt wird der hervorgerufene Druck auf den Anstieg der Lohnkosten für den Arbeitspreis aus der Sicht der Arbeitgeber eingeschränkt.

Um abzugsfähigen Posten wird die Bemessungsgrundlage bei folgenden Arbeitnehmern herabgesetzt:

- > Arbeitnehmer im Arbeitsverhältnis,
- > Arbeitnehmer im Staatsangestelltenverhältnis,
- > Arbeitnehmer im Dienstverhältnis,
- > Arbeitnehmer im Staatsdienst (Polizist, Zollbeamte u. dgl.)

Nicht herabgesetzt um abzugsfähigen Posten wird dagegen die Bemessungsgrundlage z.B. bei:

- > Arbeitnehmern, auf welche sich die Abgabenvergünstigung für langfristig Arbeitslose bezieht,
- > Arbeitnehmern, die die Arbeit auf Grundlage einer Vereinbarung über die Arbeitsausübung ausüben,
- > Schülern oder Studenten während des Fachpraktikums,
- > Mitgliedern der statutarischen Organe, die für die Funktionsausübung ein Entgelt beziehen,
- > Gesellschaftern einer GmbH, die für die Arbeitsausübung in eigener Gesellschaft ein Entgelt beziehen,
- > Personen, die die Arbeit auf Grundlage eines Vertrages gemäß dem Bürgerlichen Gesetzbuch (Auftragsverträge, Werkverträge) bei abhängiger Tätigkeit ausüben,
- > selbständig erwerbstätigen Personen,
- > Personen mit Einkünften aus Gewinnanteilen,
- > Personen mit steuerbaren Einkünften gemäß § 7 und 8 des Einkommenssteuergesetzes.

Den abzugsfähigen Posten können Arbeitnehmer in ihren monatlichen Vorauszahlungen, jedoch nur unter der Voraussetzung der Erfüllung von Bedingungen geltend machen. Es muss sich um Arbeitnehmer handeln, die nur einen Arbeitgeber haben, die keine Abgabenausnahme geltend machen und zugleich keine selbständig erwerbstätigen Personen sind. Den abzugsfähigen Posten können auch Rentner im Angestelltenverhältnis geltend machen.

Der Arbeitnehmer, der die angeführten Bedingungen erfüllt, kann den abzugsfähigen Posten bei der Berechnung der monatlichen Vorauszahlungen geltend machen, muss dies jedoch nicht tun. Falls der Arbeitnehmer den abzugsfähigen Posten monatlich geltend machen möchte, muss er im Sinne des Gesetzes binnen 8 Tagen ab der Entstehung des Angestelltenverhältnisses einen Antrag auf vorgeschriebenem Formular einreichen.

Der abzugsfähige Posten ist auf 380 EUR monatlich eingestellt.

Falls der Arbeitnehmer bei der Krankenkasse nicht den ganzen Monat angemeldet war, wird der abzugsfähige Posten laut Anzahl der Tage, während welcher der Arbeitnehmer bei der Krankenkasse nicht angemeldet war, verhältnismäßig verringert. Der Grund für die Kürzung kann der Arbeitsantritt nach dem 1. Tag des Kalendermonates, die Beendigung des Arbeitsverhältnisses Laufe des Monats, An- bzw. Abmeldung des Arbeitnehmers bei unbezahlter Freizeit u. dgl. sein.

Bezieht der Arbeitnehmer ein Einkommen von mehr als 380 EUR monatlich, wird der abzugsfähige Posten wie folgt gemindert:

$$380 \text{ EUR} - 2 \times (450 - 380) = 380 - 2 \times 70 = 380 - 140 = 240$$

380 EUR – primärer abzugsfähiger Posten
450 EUR – Monatseinkommen des Arbeitnehmers

Die Differenz zwischen dem Monatseinkommen des Arbeitnehmers und dem abzugsfähigen Posten wird mit zwei multipliziert und das Ergebnis wird vom primären abzugsfähigen Posten abgezogen.

Falls der Endwert eine positive Zahl ist, handelt es sich um einen abzugsfähigen Posten. Sollte das Ergebnis eine negative Zahl sein, ist der abzugsfähige Posten gleich Null. Der Anspruch des Arbeitnehmers auf abzugsfähigen Posten erlischt, sobald sein Monatseinkommen 570 EUR erreicht.

Abweichend von der Berechnung der monatlichen Vorauszahlungen wird es bei der Jahresabrechnung nicht notwendig sein, die Geltendmachung des abzugsfähigen Postens zu beantragen. Die Krankenkasse wird den Anspruch und die Höhe des abzugsfähigen Postens automatisch bestimmen.

In der Jahresabrechnung wird der abzugsfähige Posten aufs Neue beurteilt. Es handelt sich nicht um die Summe der abzugsfähigen Posten einzelner Monate. Sollte das Jahreseinkommen des Arbeitnehmers den Grenzwert von

6 840 EUR erreichen und übersteigen, hat er keinen Anspruch auf den abzugsfähigen Posten.

Aus diesem Grund schlagen wir vor, auch im Falle von Arbeitnehmern mit niedrigen Monatseinkommen, die jedoch einmalig oder unregelmäßig Entgelte beziehen, die Geltendmachung des abzugsfähigen Postens bei der Berechnung der monatlichen Vorauszahlungen für die Krankenversicherung abzuwägen, damit diese im Rahmen der Jahresabrechnung nicht einmalig nachgezahlt werden müssen.

Kontakt für weitere Informationen



Ján Beleš

Buchhalter, Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 411
E-Mail: jan.beles@roedl.sk

Wirtschaft aktuell

> Änderungen in der Bilanz und in der Gewinn- und Verlustrechnung zum 31.12.2014

Von Jaroslava Klímová, Rödl & Partner Bratislava

In dieser Ausgabe unseres Mandantenbriefes würden wir Sie gerne über die aktuellsten Änderungen im Zusammenhang mit dem zum 31.12.2014 zu erstellenden Jahresabschluss informieren.

Durch die Novelle der Verfügung des Finanzministeriums der Slowakischen Republik Nr. 4455/2003-92, wirksam zum 31.12.2014, wird vor allem die Struktur der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung geändert. Aus praktischer Sicht ist es nicht möglich, in diesem Mandantenbrief alle Änderungen bzw. die gesamte Struktur der neuen Aufstellungen anzuführen. Deswegen möchten wir Ihre Aufmerksamkeit wenigstens auf die bedeutendsten Änderungen lenken.

Bilanz

- > neue Gliederung der Beziehungen innerhalb „der Gruppe“,
- > Änderung der Struktur im Rahmen des Eigenkapitals, der langfristigen und kurzfristigen Verbindlichkeiten,
- > Ausweis eigener Aktien und Geschäftsanteile auf der Aktivseite.

Gewinn- und Verlustrechnung

- > Änderung der Struktur der gesamten Aufstellung,
- > Erlöschen der außerordentlichen Tätigkeit,
- > Einführung des neuen Postens „Nettoumsatz“.

Die wichtigste Änderung in der Bilanz hängt mit dem Ausweis von Forderungen und Verbindlichkeiten innerhalb „der Gruppe“ zusammen. Gemäß der neuen Gliederung wird zwischen den folgenden Beziehungen unterschieden:

- > gegenüber verbundenen Buchführungseinheiten,
- > im Rahmen der Anteilsbeteiligung,
- > gegenüber Dritten.

Verbundene Buchführungseinheiten sind alle direkt oder indirekt auf allen Ebenen verbundenen Buchführungseinheiten mit einem Anteil von über 50%, d.h. nicht nur direkt verbundene Mutter- und Tochterunternehmen, sondern auch alle Mutterunternehmen über der Muttergesellschaft und Tochterunternehmen unter der Tochtergesellschaft, als auch Schwesterunternehmen (auf allen hierarchischen Ebenen, horizontal sowie vertikal verbundene Buchführungseinheiten). Unter dem Begriff „Anteilsbeteiligung“ wird der Anteil an einer anderen nahestehenden Gesellschaft von mindestens 20% bis 100% verstanden. Im Hinblick darauf, dass ein Anteil von über 50% als ein Anteil gegenüber verbundenen Buchführungseinheiten gilt, kann als Anteilsbeteiligung praktisch ein Anteil von 20% bis 50% (einschließlich) gehalten werden.

In der Gewinn- und Verlustrechnung wurde die Kennzahl „Nettoumsatz“ ergänzt. Das Gesetz Nr. 431/2002 Ges. Slg. über Rechnungslegung, novelliert durch das Gesetz Nr. 333/2014 Ges. Slg., definiert unter diesem Begriff die aus dem Verkauf von Erzeugnissen, Waren und Dienstleistungen erzielten Erträge nach Abzug der Ermäßigungen einschließlich anderer Erträge, die Gegenstand der Tätigkeit der Buchführungseinheit sind. D. h. dass zum Beispiel eine Leasinggesellschaft als Bestandteil des Nettoumsatzes auch die Zinserträge ausweisen wird. Eine Produktionsgesellschaft wird dagegen im Falle eines außerordentlichen Verkaufes vom Anlagevermögen die Erlöse aus dem Verkauf des Anlagevermögens nicht in den Nettoumsatz einbeziehen. Im Gegensatz zur Verfügung des Finanzministeriums der Slowakischen Republik, die die neuen Aufstellungen mit Wirksamkeit seit dem 31.12.2014 regelt, ist das Rechnungslegungsgesetz erst seit dem 1.1.2015 wirksam. Daraus ergibt sich, dass zum 31.12.2014 nicht die neue Definition des „Nettoumsatzes“, sondern die ursprüngliche Definition gilt, die alle Erträge der Kontenklassen 60 bis 67 als „Nettoumsatz“ betrachtet.

Wir hoffen, Ihnen hiermit zumindest die wichtigsten Änderungen im Jahresabschluss zum 31.12.2014 näher gebracht zu haben. Im Hinblick auf den Umfang der Änderungen in den Aufstellungen, die nicht in ein paar Sätze zusammengefasst werden können, stehen wir Ihnen bei Unklarheiten im Zusammenhang mit dieser Problematik selbstverständlich zur Verfügung.

Kontakt für weitere Informationen



Jaroslava Klímová

Wirtschaftsprüferin, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-Mail: jaroslava.klimova@roedl.sk

Právo

> Novela občianskeho súdneho poriadku

Katarína Urbánková, Lenka Valková,

Rödl & Partner Bratislava

Dňa 27. novembra 2014 bola Národnou radou Slovenskej republiky schválená novela Občianskeho súdneho poriadku (OSP), ktorá do slovenského právneho poriadku zavádza niekoľko podstatných zmien týkajúcich sa priebehu súdneho konania. Najpodstatnejšie zmeny Vám priblížime v nasledujúcom texte.

Povinnosť vyhotovovať zvukový záznam z pojednávania:

Novela OSP prináša významnú zmenu upravujúcu priebeh súdneho pojednávania. S účinnosťou od 1. marca 2015 sa priebeh súdneho pojednávania bude zaznamenávať okrem písomnej zápisnice aj s využitím technického zariadenia na prenos zvuku. Vyhotovený záznam sa následne uchová na nosiči dát, ktorý bude súčasťou súdneho spisu. Účelom zavedenia povinnosti vyhotovovať zvukový záznam z pojednávania je najmä urýchlenie celého súdneho konania a eliminovanie prípadných budúcich sporov týkajúcich sa toho, čo počas pojednávania zaznelo. V súvislosti s touto zmenou zavádza novela OSP aj právo účastníkov konania, prípadne ich zástupcov požiadať súd o vyhotovenie kópie tohto zvukového záznamu za úhradu vecných nákladov.

Zmena právnej úpravy vstupu vedľajšieho účastníka do civilného konania:

Doterajšia právna úprava vstupu vedľajšieho účastníka do civilného konania nebola jednoznačná, pokiaľ vstupujúcim vedľajším účastníkom bola právnická osoba, ktorej predmetom činnosti je ochrana práv podľa zákona o ochrane spotrebiteľa (napr. rôzne združenia a pod.). V mnohých prípadoch dochádzalo ku situácii, kedy v konaniach, ktorých účastníkom bol spotrebiteľ, vstúpilo do konania ako vedľajší účastník na strane spotrebiteľa združenie bez toho, aby k tomu účastník konania (spotrebiteľ) dal súhlas. Podľa novej právnej úpravy pripustí súd vstup združenia na ochranu spotrebiteľa do konania len v tom prípade, ak mu bude predložený spoločne s oznámením o vstupe vedľajšieho účastníka do konania aj súhlas účastníka popri ktorom združenie do konania vstupuje, a teda súhlas spotrebiteľa. V prípade, že súhlas spotrebiteľa predložený nebude, súd na oznámenie o vstupe do konania nebude vôbec prihliadať.

Zmena právnej úpravy prípustnosti dovolania:

Zákonodarca reagoval novelou Občianskeho súdneho poriadku na zvýšený počet dovolaní v exekučných veciach

a s tým súvisiaci nárast agendy Najvyššieho súdu SR. Úspešnosť tohto mimoriadneho opravného prostriedku v exekučných veciach bola veľmi nízka, dovolanie bolo často podávané napriek jeho procesnej neprípustnosti a vo väčšine prípadov Najvyšším súdom SR následne odmietnuté. Podľa novej právnej úpravy už dovolanie nebude prípustné proti rozhodnutiam v exekučnom konaní z dôvodov, ktoré sú označované ako dôvody zmätočnosti, a ktoré sú špecifikované v § 237 ods. 1 OSP (slovenská právna úprava pozná 7 dôvodov zmätočnosti). Ako uvádza dôvodová správa, hlavným dôvodom je skutočnosť, že na rozdiel od tzv. základného konania ide v exekučnom konaní o veci, v ktorých dochádza už len k nútenému vykonaniu (exekúcii) v zmysle núteného splnenia povinnosti, ktorá bola už skôr uložená exekučným titulom (spravidla rozhodnutím súdu), ktorý už nadobudol právoplatnosť a vykonateľnosť, a teda rozhodnutia v exekučnom konaní nekonštituuju ani nedeklarujú sporné práva a povinnosti účastníkov konania.

Rovnako už podľa novej právnej úpravy nebude dovolanie prípustné proti niektorým uzneseniam, a to konkrétne proti uzneseniam vo veci súdnych poplatkov a uzneseniam o prerušení, resp. neprerušení konania.

> Zákon o spotrebiteľskom rozhodcovskom konaní

Dňa 1.1.2015 nadobudol účinnosť zákon č. 335/2014 Z. z. o spotrebiteľskom rozhodcovskom konaní. Týmto zákonom bola do slovenského právneho poriadku implementovaná smernica Európskeho parlamentu a Rady č. 2013/11/EÚ o alternatívnom riešení spotrebiteľských sporov.

Z dôvodu špecifickosti vzťahov medzi dodávateľom a spotrebiteľom sa spotrebiteľské spory (spory medzi dodávateľom a spotrebiteľom vyplývajúce zo spotrebiteľskej zmluvy) nebudú prejednávať, tak ako tomu bolo doteraz, v štandardnom rozhodcovskom konaní, ale v osobitnom spotrebiteľskom rozhodcovskom konaní, a to v prípade, ak dodávateľ so spotrebiteľom uzatvorí samostatnú spotrebiteľskú rozhodcovskú zmluvu v písomnej forme, ktorou založí právomoc stáleho rozhodcovského súdu. Spotrebiteľ bude mať však aj naďalej právo obrátiť sa na všeobecný súd. Spotrebiteľ súdny poplatok neplatí. V prípade, ak bude žalobcom iná osoba ako spotrebiteľ, bude povinná zaplatiť poplatok podľa sadzovníka poplatkov stáleho rozhodcovského súdu

Priebeh spotrebiteľského rozhodcovského konania:

Samotné konanie má podobný priebeh ako súdne konanie, avšak s niektorými špecifikami, ako je napríklad povinnosť stáleho rozhodcovského súdu skúmať aj bez návrhu neprijateľné zmluvné podmienky, zákaz vydať predbežné opatrenie proti spotrebiteľovi, zákaz spoplatnenia procesných úkonov spotrebiteľa alebo zákaz rozhodnúť spor v skrátenom konaní.

Novelizácia Exekučného poriadku a zavedenie Centrálného registra exekúcií:

Zákonom č. 335/2014 Z. z. o spotrebiteľskom rozhodcovskom konaní boli zároveň novelizované viaceré právne predpisy. V tejto súvislosti je potrebné spomenúť, že jedným z týchto právnych predpisov je Exekučný poriadok a s tým súvisiace zavedenie centrálného registra exekúcií, ktorý bude viesť Slovenská komora exekútorov. Centrálny register bude obsahovať informácie o všetkých exekúciách, ktoré neboli právoplatne skončené. Od 1. januára majú súdni exekútori povinnosť do siedmich dní zapísať do registra novú exekúciu, alebo aktualizovať údaje už prebiehajúcej a neskončenej exekúcie. Do 14 dní je exekútor povinný vymazať všetky údaje z registra v tých prípadoch, v ktorých boli exekúcie právoplatne skončené.

Napriek tomu, že uvedená novela je účinná už odo dňa 1. januára 2015, register bude plne funkčný až odo dňa 1. júla 2016, a to z dôvodu, že až týmto dňom bude obsahovať kompletne informácie. Od 1. júla 2016 bude Slovenská komora exekútorov zároveň vydávať výpis z registra exekúcií alebo potvrdenie o tom, že určitý zápis v registri exekúcií nie je. Orgány verejnej správy však môžu požiadať o prístup do registra už od 1. januára 2015. Výpis, ako aj potvrdenie z registra exekúcií budú mať povahu verejnej listiny a ich vydanie bude bezplatné pre exekútorov a orgány verejnej správy. Pre ostatné osoby bude prístup k informáciám z centrálného registra podmienený zaplatením správneho poplatku. Predpokladá sa, že centrálny register exekúcií pozitívne ovplyvní predovšetkým obchodné vzťahy, keďže podnikatelia si budú mať možnosť overiť, či na majetok osoby, s ktorou nadväzujú obchodný vzťah, nie je vedené exekučné konanie. Zároveň sa predpokladá využívanie registra zo strany bánk v prípade žiadosti o poskytnutie úveru.

Kontakt pre ďalšie informácie



Katarína Urbánková
advokátka (SK) v spolupráci s Rödl & Partner
Associate Partner
Tel.: + 421 (2) 57 200 444
E-mail: katarina.urbankova@roedl.sk

> Nové sumy stravného od 1.11.2014

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Na základe Opatrenia Ministerstva práce, sociálnych vecí a rodiny SR, ktoré bolo uverejnené v Zbierke dňa

29.10.2014 boli podľa § 5 ods. 2 zákona č. 283/2002 Z.z. o cestovných náhradách ustanovené nové sumy stravného.

Sumy stravného platné od 1.11.2014 sa stanovujú takto:

- > 4,20 EUR pre časové pásmo 5 až 12 hodín
- > 6,30 EUR pre časové pásmo nad 12 až 18 hodín
- > 9,80 EUR pre časové pásmo nad 18 hodín

Sumy stravného sa zvyšujú v nadväznosti na zvyšovanie cien jedál a nealkoholických nápojov v reštauračnom stravovaní.

Uvedená zmena sa premieta i do maximálneho príspevku zamestnávateľa na stravovanie. Od 1.11.2014 je maximálny príspevok na stravovanie ohraničený sumou 55% z 4,20 EUR, t. j. 2,31 EUR.

Ak zamestnávateľ zabezpečuje stravovanie zamestnancov prostredníctvom tzv. gastrolístkov ich minimálna hodnota musí byť 75% zo 4,20 EUR, čo je 3,15 EUR. Z gastrolístka musí byť príspevok zamestnávateľa najmenej 55%, teda pri cene gastrolístka 3,15 EUR je to najmenej 1,73 EUR.

> Zmena v zákone o zdravotnom poistení k 1.1.2015

Ján Beleš, Rödl & Partner Bratislava

Na základe vládneho návrhu novely zákona č. 580/2004 Z.z. o zdravotnom poistení Národná rada SR dňa 28.11.2014 schválila novelu účinnú od 1.1.2015.

Hlavným cieľom novely je zníženie odvodov na zdravotné poistenie pre tzv. nízkopriemových zamestnancov. Stáva sa tak na základe zavedenia odpočítateľnej položky. Vymeriavací základ zamestnanca, ktorý nepresiahne za rok 2015 sumu 6 840 EUR, sa zníži o odpočítateľnú položku a tak budú jeho odvody na zdravotné poistenie ako aj odvod zamestnávateľa nižšie.

Dôvodom zavedenia odpočítateľnej položky je skutočnosť, že od 1.1.2015 sa zvýšila minimálna mzda na 380 EUR a týmto krokom sa obmedzuje vyvolaný tlak na rast mzdových nákladov za cenu práce z pohľadu zamestnávateľov.

O odpočítateľnú položku sa znižuje vymeriavací základ zamestnanca:

- > v pracovnom pomere,
- > štátnozamestnaneckom pomere,
- > služobnom pomere,
- > v štátnej službe (policajti, colníci a pod.)

O odpočítateľnú položku sa naopak neznižuje vymeriavací základ napr.:

- > zamestnancom, ktorí majú odvodové zvýhodnenie pre dlhodobu nezamestnanosť,
- > zamestnancom na dohodu,
- > žiakom a študentom pri odbornej praxi,

- > členom štatutárnych orgánov poberajúcim za výkon funkcie odmenu,
- > spoločníkom s.r.o. poberajúcim odmenu za prácu vo vlastnej spoločnosti,
- > osobám pracujúcim na zmluvy podľa Občianskeho zákonníka (príkazné zmluvy, zmluvy o dielo) v prípade závislej činnosti
- > samostatne zárobkovo činným osobám,
- > osobám s príjmami z podielov na zisku,
- > osobám so zdaniteľnými príjmami podľa § 7 a 8 zákona o dani z príjmu

Odpočítateľnú položku si môžu uplatniť zamestnanci pri mesačných preddavkoch, ale za predpokladu splnenia podmienok. Musí ísť o zamestnancov, ktorí majú len jedného zamestnávateľa, zamestnanec si neuplatňuje odvodovú výnimku a nie je súčasne SZČO. Odpočítateľnú položku si môžu uplatniť aj dôchodcovia v zamestnaneckom pomere.

Zamestnanec, ktorý spĺňa uvedené podmienky si môže, ale nemusí uplatniť odpočítateľnú položku pri výpočte mesačných preddavkov. V prípade, že si zamestnanec chce mesačne uplatňovať odpočítateľnú položku musí v zmysle zákona do 8 dní od vzniku zamestnaneckého pomeru podať žiadosť na predpísanom tlačíve.

Odpočítateľná položka je nastavená na 380 EUR mesačne.

V prípade, že zamestnanec nebol prihlásený v zdravotnej poisťovni celý mesiac, odpočítateľná položka sa alikvótno znižuje podľa počtu dní, počas ktorých zamestnanec nebol prihlásený v zdravotnej poisťovni. Dôvodom na krátenie môže byť nástup do zamestnania po 1. dni kalendárneho mesiaca, ukončenie pracovného pomeru v priebehu mesiaca, prihlásenie resp. odhlásenie zamestnanca pri neplatenom voľne a pod.

V prípade, že zamestnanec má príjem vyšší ako 380 EUR mesačne, odpočítateľná položka sa zníži podľa nasledovného postupu:

$$380 \text{ EUR} - 2 \times (450 - 380) = 380 - 2 \times 70 = 380 - 140 = 240$$

380 EUR – úvodná odpočítateľná položka
450 EUR – mesačný príjem zamestnanca

Rozdiel medzi mesačným príjmom zamestnanca a odpočítateľnou položkou sa násobí dvomi a výsledok sa odpočíta od úvodnej odpočítateľnej položky.

Ak je výsledná hodnota kladná, ide o odpočítateľnú položku, v prípade, že by vyšla záporná hodnota, odpočítateľná položka je nula. Nárok na odpočítateľnú položku zamestnancovi zaniká, ak jeho mesačný príjem dosiahne výšku 570 EUR.

Na rozdiel od výpočtu mesačných preddavkov, pri ročnom zúčtovaní nebude potrebné žiadať o uplatnenie odpočítateľnej položky. Zdravotná poisťovňa určí nárok a výšku odpočítateľnej položky automaticky.

V ročnom zúčtovaní sa odpočítateľná položka posudzuje nanovo. Nejedná sa o súčet odpočítateľných položiek z jednotlivých mesiacov. V prípade, že ročný príjem zamestnanca dosiahne a prekročí hranicu 6 840 EUR nárok na odpočítateľnú položku nemá.

Z toho dôvodu i u zamestnancov s nízkymi mesačnými príjmami, ktorí však jednorázovo alebo nerovnomerne poberajú odmeny, navrhujeme zvážiť uplatnenie si odpočítateľnej položky pri výpočte mesačných preddavkov na zdravotné poistenie, aby v rámci ročného zúčtovania tieto nemuseli jednorázovo doplácať.

Kontakt pre ďalšie informácie



Ján Beleš

účtovník, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jan.beles@roedl.sk

Ekonomika

> Zmeny v súvahe a výkaze ziskov a strát k 31.12.2014

Jaroslava Klímová, Rödl & Partner Bratislava

V tomto vydaní nášho mandantného listu by sme Vás chceli informovať o najaktuálnejších zmenách v súvislosti s účtovnou závierkou, ktorú budete zostavovať k 31.12.2014.

Novelou Opatrenia MF SR č. 4455/2003-92 účinnou k 31.12.2014 sa mení najmä štruktúra súvahy a výkazu ziskov a strát. Z praktického hľadiska nie je možné uviesť v tomto liste všetky zmeny resp. celkovú štruktúru nových výkazov. Preto by sme Vás radi upozornili aspoň na najzásadnejšie zmeny.

Súvaha

- > nové členenie vzťahov v „skupine“,
- > zmena štruktúry v rámci vlastného imania, dlhodobých a krátkodobých záväzkov,
- > vykazovanie vlastných akcií a obchodných podielov na strane aktív.

Výkaz ziskov a strát

- > zmena štruktúry celého výkazu,
- > zánik mimoriadnej činnosti,

- > doplnenie novej položky „čistý obrat“.

Najpodstatnejšia zmena v súvahe súvisí s vykazovaním pohľadávok a záväzkov v „skupine“. Podľa nového členenia sa rozlišujú vzťahy:

- > voči prepojeným účtovným jednotkám,
- > v rámci podielovej účasti,
- > voči ostatným.

Prepojenými účtovnými jednotkami sú všetky účtovné jednotky priamo alebo nepriamo prepojené na všetkých úrovniach s viac ako 50% podielom, t. j. nie len priamo prepojené materské a dcérske podniky, ale aj všetky materské podniky nad materskou spoločnosťou a dcérske podniky pod dcérskou spoločnosťou, ako aj sesterské podniky (účtovné jednotky prepojené na všetkých hierarchických úrovniach, horizontálnym ja vertikálnym smerom). Pod pojmom podielová účasť sa rozumie minimálne 20% až 100% podiel na inej spriaznenej spoločnosti. Vzhľadom na to, že podiel nad 50% sa považuje za podiel voči prepojeným účtovným jednotkám, za podielovú účasť možno prakticky považovať podiel 20% až 50% (vrátane).

Vo výkaze ziskov a strát bol doplnený ukazovateľ „čistý obrat“. Zákon č. 431/2002 Z.z. o účtovníctve novelizovaný zákonom č. 333/2014 Z.z. definuje pod týmto pojmom výnosy dosahované z predaja výrobkov, tovarov a služieb po odpočítaní zliav vrátane iných výnosov, ktoré sú predmetom činnosti účtovnej jednotky. Myslí sa tým, že napr. leasingová spoločnosť vykáže ako súčasť čistého obratu aj výnosové úroky. Naopak výrobná spoločnosť v prípade výnimočného predaja dlhodobého majetku nezahrne tržby z predaja dlhodobého majetku do čistého obratu.

Na rozdiel od Opatrenia MF SK, ktoré upravuje nové výkazy s účinnosťou od 31.12.2014 je Zákon o účtovníctve účinný až od 1.1.2015. Z toho vyplýva, že k 31.12.2014 neplatí nová definícia „čistého obratu“, ale pôvodná definícia, ktorá považuje za „čistý obrat“ všetky výnosy účtovnej triedy 60 až 67.

Dúfame, že sme Vám touto cestou priblížili aspoň najzásadnejšie zmeny v účtovnej závierke k 31.12.2014. Vzhľadom na komplexnosť zmien vo výkazoch, ktoré nie je možné zhrnúť do niekoľkých viet, sme Vám samozrejme k dispozícii v prípade nejasností súvisiacich touto problematikou.

Kontakt pre ďalšie informácie



Jaroslava Klímová

audítorka, Associate Partner

Tel.: + 421 (2) 57 200 411

E-mail: jaroslava.klimova@roedl.sk

Tvoríme základy

„Naše znalosti tvoria základ nášho poradenstva. Na nich spolu s našimi mandantmi stavíme.“

Rödl & Partner

„Naše jedinečné ľudské veže môžu vyrásť len vtedy, ak majú pevný základ.“

Castellers de Barcelona



„Každý jednotlivec je dôležitý“ - u Castellers a u nás.

Ľudské veže jedinečným spôsobom symbolizujú podnikovú kultúru spoločnosti Rödl & Partner. Stelesňujú našu filozofiu súdržnosti, vyváženosti, odvahy a tímového ducha. Znášoriujú rast z vlastných síl, ktorý urobil zo spoločnosti Rödl & Partner to, čím je dnes.

„Força, Equilibri, Valor i Seny“ (síla, stabilita, odvaha a rozum) je katalánske heslo všetkých Castellers, ktoré veľmi výstižne vyjadruje ich základné hodnoty. Toto heslo oslovilo aj nás a charakterizuje našu mentalitu. Preto spoločnosť Rödl & Partner v máji 2011 nadviazala spoluprácu s Castellers de Barcelona - predstaviteľmi tejto dlhoročnej tradície stavania ľudských veží, ktorí spolu s inými stelesňujú toto duchovné kultúrne dedičstvo.

Impressum

Mandantenbrief, Ausgabe März 2015
Mandantný list, vydanie marec 2015

Herausgeber/ Vydáva:

Rödl & Partner Bratislava
Lazaretská 8, 811 08 Bratislava
Tel.: + 421 (2) 57 200 411 | www.roedl.com/sk

Verantwortlich für den Inhalt/ Zodpovedný za obsah:

Bereich Recht/Oblasť Právo

JUDr. Maroš Tóth, MBA – maros.toth@roedl.sk

Bereich Steuern/Oblasť Dane

Peter Alföldi – peter.alfoldi@roedl.sk

Bereich Wirtschaft/Oblasť Ekonomika

Mikuláš Ivaško – mikulas.ivasko@roedl.sk

Layout/Satz:

Rödl & Partner
Angelika Gál – angelika.gal@roedl.sk

Tento Mandantný list je nezáväznou informačnou publikáciou a slúži na všeobecné informačné účely. Nepredstavuje právne, daňové ani podnikové poradenstvo a nenahrádza individuálne poradenstvo. Pri spracovaní Mandantného listu a informácií v ňom obsiahnutých sa Rödl & Partner neustále snaží o maximálnu dôslednosť, nepreberá však zodpovednosť za správnosť, aktuálnosť a úplnosť informácií. Nakoľko sa tu obsiahnuté informácie nezaoberajú konkrétnymi situáciami jednotlivcov alebo právnických osôb, mal by mandant v konkrétnom prípade požiadať o poskytnutie poradenstva. Rödl & Partner nepreberá zodpovednosť za rozhodnutia, ktoré čitatelia urobia na základe tohto Mandantného listu. Naši poradcovia sú Vám radi k dispozícii.

Celý obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete je duševným vlastníctvom Rödl & Partner a spadá pod ochranu autorských práv. Užívateľia môžu obsah Mandantného listu a odborných informácií na internete sťahovať, tlačiť alebo kopírovať len pre vlastnú potrebu. Na akékoľvek zmeny, rozširovanie alebo verejné prezentovanie tohto obsahu alebo jeho častí, či už online alebo offline, je potrebný predchádzajúci písomný súhlas spoločnosti Rödl & Partner.